

Sachverstand

Friedhelm Hengsbach S.J., Frankfurt am Main

Die Mitglieder des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind ins Gerede gekommen. Persönliche Querelen, die mit Kontroversen in der Sache verflochten waren, haben sich in öffentlichen Äußerungen ein Ventil gesucht.

Ungeachtet solcher Schönheitsfehler verdienen die Diagnosen des Rates eine ernsthafte Beachtung. Denn sie zeichnen sich mehr als früher durch differenzierte Urteile aus. Die seit Jahren beobachtete Divergenz zwischen stagnierender Binnennachfrage und robuster Exportdynamik wird aufmerksamer verfolgt. Wegen der höheren Inflationsraten in anderen Ländern des Euro-Raumes trifft die deutschen Unternehmen ein Realzinsnachteil, der die inländische Investitions- und Wachstumsschwäche erklärt. Und auch die restriktive Kreditvergabe der Finanzinstitute erzeugt Engpässe gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen. Solche Bewertungsnuancen des Sachverständigenrats spiegeln die öffentlichen Anfragen an eine beschäftigungsfreundliche Lohn- und Einkommenspolitik zur Belebung der Binnennachfrage. Immerhin hatte sich ein Wirtschaftsforschungsinstitut schon für eine eher expansive Lohnpolitik ausgesprochen. Sogar die Financial Times Deutschland hatte Anfang November 2004 in drei Leitartikeln die Forderung der Arbeitgeber, die Arbeitszeit allgemein zu verlängern, als absurd und kontraproduktiv verurteilt.

Allerdings ist ein blinder Fleck in den Gutachten auffällig. Die Sachverständigen untersuchen Gütermärkte, Devisenmärkte und internationale Rohstoffmärkte. Aber im Gegensatz dazu – von wenigen Ausnahmen abgesehen – den Arbeitsmarkt. Nun mag die Redeweise in der Einzahl der dramatischen Zuspitzung dienen. Aber das auffällig abweichende Reden vom Arbeitsmarkt und von den Güter- und Finanzmärkten läßt vermuten, dass die Sachverständigen keine realitätsnahe differenzierte Diagnose anstreben, sondern einem idealtypischen Konstrukt nach jagen.

Die Redeweise deckt einen systematischen Denkfehler auf: Das Konstrukt „des“ Arbeitsmarkts wird als Schlüssel der Krisendiagnose und eines Auswegs aus der verfestigten Massenarbeitslosigkeit modelliert. Dass die differenzierten Arbeitsmärkte abgeleitete Märkte sind und einer Belebung der Nachfrage auf den vorgelagerten Gütermärkten verzögert folgen, bleibt ausgeblendet. Aber der Arbeitsmarkt existiert nur in der Mehrzahl. Das beweisen die mehr als vierzigtausend Tarifverträge pro Jahr, zumal nur für 70% der Beschäftigten Tarifverträge gelten. Auch die Trennlinien zwischen den unbefristeten sicheren Arbeitsverhältnissen und der prekären Beschäftigung sowie zwischen Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und öffentlich erzwungener Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung widerlegen die Ansicht, dass die Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten gleich seien und sich gleichsinnig entwickelten.

Frankfurter Rundschau, 04.02.05, 23.